

DIE NEUGRÜNDUNG DER POLITISCHEN PARTEIEN IN LUDWIGSHAFEN 1946

Die Vorgeschichte

Parteienvielfalt in der Weimarer Republik

Konzentration auf wenige in der Endphase

Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933: KPD, die formell selbst nicht verboten wurde, in Deutschland illegal und ihres gesamtes Vermögen verlustig.

22. Juni 1933 Verbot SPD

Juli 1933 Auflösung Zentrum, Liberale, DNVP usw.

ZITAT

25. September 1934 Zerschlagung der SPD-Widerstandsorganisation in Lu: 13 Verhaftungen / über 15 Jahre Haft

Die Bezirksorganisation der KPD trat seit September 1935 kaum noch in Erscheinung

1938 SAP

2. August 1945 Auflösung NSDAP durch Potsdamer Deklaration

Rahmenbedingungen 1945/46

Ausgehend von der Eroberung Prüms am 12. Februar 1945 war das linksrheinische Gebiet des heutigen Bundeslandes Rheinland-Pfalz bis Ende März 1945 von amerikanischen Truppen besetzt – Ludwigshafen am 23. März 1945.

Am **24. März 1945** nahm die amerikanische Militärregierung in Ludwigshafen unter der Leitung von **Lieutenant Colonel Ralph Edward Hoover** (Foto) die Arbeit auf.

Wo immer sie einrückten, setzten sie schon nach wenigen Stunden oder Tagen Bürgermeister ein.

Stadtkämmerer Otto Stabel (FOTO)

Dr. Otto Stabel wurde am 21. Dezember 1898 in Ludwigshafen geboren. 1919 trat er als Schreiberlehrling in die Dienste der Stadtverwaltung. Sie gab ihm Freistunden zum Studium. Otto Stabel besuchte Vorlesungen an der Handelshochschule Mannheim und studierte gleichzeitig in Heidelberg, wo er 1922 zum Doktor der Staatswissenschaften promovierte. 1922 wurde er Stadtassistent, 1923 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Statischen Amt, 1928 Leiter dieser Dienststelle. 1933 wurde er Direktor des Steuer- und Rechnungsamtes, 1934 Finanzdirektor und Leiter der Finanzverwaltung der Stadt. Im Mai 1940 wurde er zum hauptamtlichen Beigeordneten bestimmt. Am 23. März 1945 ernannten die Amerikaner den Stadtkämmerer zum kommissarischen Oberbürgermeister. Am 20. April 1945 kehrte Dr. Stabel in seine vorherige Funktion zurück. Am 30. Januar 1958 wurde Stadtkämmerer Dr. Otto Stabel vom Stadtrat zum Finanzdezernenten und 3. Beigeordneten der Stadt Ludwigshafen gewählt. Am 31. Oktober 1963 trat Dr. Stabel in den Ruhestand. Er starb am 11. Januar 1970 in Bad Bergzabern.

(Oktober 1944 FWW (Foto) verfasst Liste von Demokraten für den Wiederaufbau)

Friedrich Wilhelm Wagner

Geboren am 28. Februar 1894 in Ludwigshafen am Rhein. Studium der Rechts- und Staatswissenschaft sowie der Philosophie in Tübingen, München, Berlin und Heidelberg. 1917 Mitglied der MSPD, 1919 Vorsitzender des Ortsvereins Ludwigshafen, 1921 Mitglied der Bezirksleitung Pfalz. 1922 Eröffnung einer Rechtsanwaltspraxis in Ludwigshafen. 1927 stellvertretender pfälzischer Bezirksvorsitzender der SPD und Gauführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Pfalz. 1930 MdR, 1931 Mitglied des Stadtrats in Ludwigshafen, 1933 verhaftet, anschließend Flucht über die Schweiz nach Frankreich. 1936 geschäftsführender Vorsitzender der Zentralvereinigung der deutschen Emigration mit Sitz in Paris, 1938 Präsident der Landesgruppe der deutschen Sozialdemokraten in Frankreich. 1940 Flucht vor der Wehrmacht nach Südfrankreich, anschließend über Spanien und Portugal 1941 Emigration in die USA. Dort im Vorstand der deutschen Gruppe der Social Democratic Federation arbeitete Wagner bis zu seiner Ausreiseerlaubnis im November 1946 als Bibliothekar. Februar 1947 Ankunft in Ludwigshafen; März 1947 Wiedereröffnung der Anwaltspraxis sowie erneut Mitglied des Bezirksvorstandes der pfälzischen SPD und der Unterbezirksleitung Ludwigshafen. 1947 bis 1949 MdL Rheinland-Pfalz, 1947/48 Verteidigung von Dr. Carl Wurster im I.G. Farben-Prozess, 1948/49 Mitglied im Parlamentarischen Rat, ab November 1948 wieder Stadtrat in Ludwigshafen, ab 1949 MdB, ab 1958 Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. 1959 Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz, 1961/62 Vorsitzender SPD-Bezirk Pfalz. Am 15. Dezember 1961 Wahl zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Nach seinem Amtsantritt legte er Anfang 1962 alle politischen Funktionen nieder und gab seine Mandate zurück. 1964 Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen. 1967 Ruhestand. 1970 Gründungsmitglied der Loge „Pylon am Rhein“ in Ludwigshafen. Friedrich Wilhelm Wagner starb am 17. März 1971 in Ludwigshafen.

Unmittelbar nach der Befreiung rief **Fritz Baumgärtner** (Foto) in Ludwigshafen am politischen Wiederaufbau interessierte Bürger zur Mitarbeit in einem Antifa-Komitee auf.

Fritz Baumgärtner wurde am 14. März 1897 in Dielkirchen geboren. Metallarbeiter. 1919 USPD, 1920 Mitglied der KPD. 1922 Mitglied im Arbeitererrat der BASF, 1923 bis 1925 Geschäftsführer des kommunistischen Industrieverbandes Chemie. 1924 in den bayerischen Landtag gewählt, 1926 bis 1928 Politischer Leiter des Bezirkes Pfalz der KPD, 1928 Parteiausschluss. Anschließend Angehöriger der linken kommunistischen Opposition in der Pfalz, die sich jedoch 1929 von Baumgärtner trennte. 1930 bei der Firma Gebr. Sulzer als Metallarbeiter beschäftigt. 1931 in Folge der Wirtschaftskrise entlassen. Wiederaufnahme in die KPD und bis 1933 für die RGO tätig. 1933 „Schutzhaft“, danach KZ-Haft in Dachau, anschließend 18 Monate Gefängnis. Am 17. Mai 1936 entlassen. Bis Juli 1939 als Metallarbeiter wieder bei der Firma Gebr. Sulzer beschäftigt, anschließend bei der Firma Lanz. Dort politisch gemaßregelt. Ende August 1939 bis April 1940 Militärdienst. Anschließend bis 1945 bei der Firma Gebr. Sulzer als Schlosser tätig. Im Juni 1944 erneut in Schutzhaft und 1945 kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner Verfolgung durch die SS. Am 27. April 1945 wurde er von den Amerikanern in den 17 Mitglieder umfassenden Beirat der Stadt Ludwigshafen berufen. Im Mai 1945 wurde er zum ersten Bezirksvorsitzenden der pfälzischen KPD in der Nachkriegszeit gewählt; abgelöst von Herbert Müller im August 1945, verblieb er als Mitglied der pfälzischen Bezirksleitung bis zu deren Auflösung 1948. Ab 1945 Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Halberg und Sekretär sowie bis zu seinem Tod Landesvorsitzender der IG Metall in Rheinland-Pfalz. Februar 1946 Mitbegründer der KP Hessen-Pfalz und Mitglied der engeren Landesleitung. Am 29. März 1946 wurde ein neues Bürgerkomitee aus 30 Mitgliedern gebildet, dem Baumgärtner ebenfalls angehörte. Anschließend von September 1946 bis 1952 Mitglied des Stadtrates Ludwigshafen. 1946/47 MdBLV Rheinland-Pfalz, 1947 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Ludwigshafen sowie Mitglied des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz der KPD und bis 1948 des Sekretariats des Landesvorstandes. 1947 bis 1951 MdL Rheinland-Pfalz, 1949 Kandidat zum Bundestag im Wahlkreis Zweibrücken-Pirmasens-Bergzabern, 1950 Mitglied des Bezirkstages Pfalz. Am 19. Februar 1951 Austritt aus der KPD. Fritz Baumgärtner starb am 10. April 1957 in Ludwigshafen.

Mitgliederausweise und Mitgliederlisten der „Anti-nationalsozialistische Gruppe Lu-Oppau und Lu-Süd“ im SLu, NL HM 116 erhalten.

Neben dem organisierten Wiederaufbau eines Minimums an kommunaler Verwaltungstätigkeit gestatteten die lokalen Militärbehörden also auch ein kommunalpolitisches Eingreifen durch die Antifa-Komitees, die auf die spontane Initiative von am demokratischen Wiederaufbau Interessierten zurückgingen. Sie wurden bald von den Antifaschistischen Ausschüssen abgelöst. In diesen sammelten sich die Vertreter der in

Gründung begriffenen Parteien, um Übereinstimmungen bezüglich des gemeinsamen Vorgehens bei tagespolitischen Fragen zu erzielen. Die „Führung der Antifa“ lag nach Angaben der KPD weitgehend in ihrer Hand, obwohl in der Pfalz auf dem Land deutlich christliche Mitglieder in den antifaschistischen Ortsausschüssen dominierten.

20. April 1945, ernannten die Amerikaner den erfahrenen Kommunalpolitiker **Dr. Hans Hoffmann** (Foto) zum Oberbürgermeister Ludwigshafens.

Geboren am 25. Juli 1893 als Sohn des pfälzischen SPD-Politikers Johannes Hoffmann (Ilbesheim 1867-Berlin 1930) in Bad Bergzabern, wurde **Dr. Hans Hoffmann** das politische Engagement quasi in die Wiege gelegt. Sein Vater war Reichstagsabgeordneter und übernahm nach dem ersten Weltkrieg das Amt des Kultusministers im Kabinett des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner. Nach dessen Ermordung war er bis 1920 Ministerpräsident Bayerns. Der Sohn, Hans Hoffmann, besuchte das Gymnasium in Kaiserslautern, danach studierte er Volkswirtschaft und Rechtswissenschaft in Genf, München und Berlin. Nach der Promotion zog er als Soldat in den Ersten Weltkrieg. Seine ersten beruflichen Erfahrungen machte Dr. Hoffmann in der Kommunalverwaltung in Speyer und Kaiserslautern, bevor er 1925 als Rechtsrat in den Magistrat von Kiel wechselte. 1931 bis 1933 war Dr. Hoffmann Abgeordneter für die SPD im Provinziallandtag von Schleswig-Holstein. Nach der Regierungsübernahme der Nationalsozialisten verlor Dr. Hoffmann aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ sein Kieler Amt und wurde arbeitslos. Von 1941 bis zum Zusammenbruch des NS-Staates wurde er beim Reichsstatthalter Westmark dienstverpflichtet. Zweieinhalb Wochen vor der Kapitulation des Deutschen Reiches, am 20. April 1945, ernannten die Amerikaner den erfahrenen Kommunalpolitiker zum Oberbürgermeister Ludwigshafens. Im Juni übernahm Dr. Hoffmann zusätzlich das Amt des Regierungspräsidenten der Pfalz in Neustadt an der Weinstraße. Nach der Übernahme der Besatzungsregierung durch die Franzosen blieb Dr. Hoffmann Chef der Behörde, die als Oberregierungspräsidium für das Gebiet Mittelrhein-Saar bzw. für Hessen-Pfalz zuständig war. Am 4. September 1945 löste Valentin Bauer Dr. Hoffmann als Oberbürgermeister der pfälzischen Chemiestadt ab. Nachdem Dr. Hoffmann einen Monat später von den Franzosen seines Neustadter Postens enthoben worden war, ließ sich er sich als Notar in Wachenheim nieder. Dr. Hoffmann gehörte auch in seiner Partei zu den Männern der ersten Stunde. Er war von 1946 bis 1949 Mitglied des Bezirksvorstandes seiner Partei. Am 30. August 1946 wurde er als Mitglied der Beratenden Landesversammlung und anschließend Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtages. Von 1947 bis 1951 übernahm der erfahrene Kommunal- und Landespolitiker aus Weimarer Jahren das Amt des Ministers für Finanzen und Wiederaufbau im ersten Kabinett von Peter Altmeier. Am 24. April 1952 verstarb Dr. Hans Hoffmann im Alter von 58 Jahren in Wachenheim.

In Ludwigshafen: beriefen Die Amerikaner am 27. April 1945 einen 17 Mitglieder umfassenden Beirat:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Beirates vom 27. April 1945: **SR Valentin Bauer (Foto), SR Karl Fischer (Foto), SR Jakob Krug (Foto), GEW Wilhelm Schäfer (Foto), GEW Edwin Will (Foto), GEW Oskar Vongerichten, (6 von 17)**

Im mittelfränkischen Nordheim kam **Valentin Bauer** am 22. Juni 1885 zur Welt. Nach seiner Zimmererlehre ging er auf Wanderschaft. Im Jahre 1907 fand er bei der BASF in Ludwigshafen Arbeit und brachte es im Laufe der Jahre zum Obermeister und Leiter der firmeneigenen Holzwerkstätte. Seit 1902 engagierte sich Bauer in der SPD, 1906 nahm er am Parteitag in Mannheim teil, wo ihn der Reichstagsabgeordnete Dr. Eduard David mit August Bebel bekannt machte. 1920 (bis 1933) war er für seine Partei erstmals in den Ludwigshafener Stadtrat gewählt worden. Seine gewerkschaftliche Arbeit begann 1903 beim Zentralverband der Zimmerer in Heidelberg und setzte sich 1910 im Vorstand der Betriebskrankenkasse der BASF fort. Von 1920 bis 1932 war Bauer im Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (GAG) vertreten, anschließend wurde er zu deren Alleinvorstand ernannt. 1933 teilte Valentin Bauer das Schicksal vieler demokratischer Politiker der Weimarer Republik. Die Nationalsozialisten verbrachten ihn im März 1933 ins Ludwigshafener Amtsgerichtsgefängnis und beraubten ihn seiner ehrenamtlichen Funktionen. Die Führung der BASF kündigte den verdienten Mitarbeiter und diffamierte ihn als „roten Bonzen“ und Unruhestifter. Um die kriegsbedingten Lücken im Personal aufzufüllen wurde Bauer 1943 im Werksschutz beschäftigt. Das Angebot der BASF, als Werksmeister beim Ausbau des Vernichtungslagers Auschwitz mitzuarbeiten, lehnte er ab. Nach dem Attentat auf Hitler saß Bauer im Juli 1944 zwei Wochen lang im Gefängnis des Landgerichtsgebäudes in Frankenthal ein. Direkt nach der alliierten Eroberung der Pfalz war Bauer einer von neun Sozialdemokraten, die von Ludwigshafen aus den Neuaufbau der Partei planten. Seit 1946 gehörte er dem Bezirksvorstand der pfälzischen SPD an. **Im April 1945** berief Dr. Hans Hoffmann, **der** nach dem Krieg kommissarisch zum Oberbürgermeister ernannt worden war, Valentin Bauer in den Beirat der Stadt. Mitglied des Stadtrates war er von 1946 bis 1949. Als Dr. Hans Hoffmann zum **Oberregierungspräsidenten** in Neustadt berufen wurde, führte Bauer die Geschäfte des Oberbürgermeisters zunächst als Erster Beigeordneter weiter. Am 8. Dezember 1945 erfolgte seine Berufung zum **Stadtoberhaupt**. In der Stadtratssitzung vom 10. Januar 1949 wurde er auf **zehn Jahre** im Amt bestätigt. Am 30. Mai 1955, kurz vor seinem 70. Geburtstag, trat er nach zehn Jahren von seinem Amt zurück. Von den zahlreichen Ehrenämtern, die Bauer als Oberbürgermeister inne hatte, sei nur seine liebgewordene Tätigkeit als Vorstand der GAG zu nennen, das er erst 1958, wegen fortschreitender Erblindung, aufgab. Bauer hat in den 13 Jahren nie eine besondere Vergütung dafür erhalten. Von 1952 bis 1958 gehörte er auch dem Aufsichtsrat der BASF an. Valentin Bauer wirkte auch kurzzeitig auf Landesebene: 1946 und 1947 war er Mitglied der Beratenden Landesversammlung Rheinland-Pfalz. Der gebürtige Franke trat mit Vehemenz für die Auflösung des künstlichen Bundeslandes ein und befürwortete die Rückgliederung der Pfalz an Bayern. Mit seinem Namen verbindet sich jedoch vor allem sein Wirken für Ludwigshafen. „Der Wiederaufbau von **Ludwigshafen** ist Ihr Werk“,

befand Ministerpräsident **Altmeier zu seiner Verabschiedung nach zehn Jahren Aufbauarbeit**. "Valentin Bauer gehörte zu den Menschen, die mehr hielten, als sie versprochen, resümierte Dr. Werner Ludwig, der 1965 in Bauers Fußstapfen trat: "Es war ein Glück für Ludwigshafen, dass er nach dem Krieg die Geschichte der Stadt bestimmen konnte. Sein Gespür für das Notwendige und Machbare, seine Unerschrockenheit auch gegenüber den Besatzungsbehörden, seine Lebenserfahrung und die engen Kontakte zur Bevölkerung ermöglichten es ihm, die Not der Menschen zu lindern und den Wiederaufbau der zerstörten Stadt zügig voranzutreiben." Valentin Bauer hatte sich 1945 um sein Amt nicht beworben. "Es gab sonst niemanden, der in Frage gekommen wäre". Es folgten "die zehn schwersten Jahre meines Lebens", wie Bauer resümierte. Als zweitem Oberbürgermeister wurde ihm nach Friedrich Krafft die Ehrenbürgerwürde zuteil. Die **Valentin-Bauer-Siedlung** trägt seit 1956 seinen Namen, die ehemalige Schlachthofstraße wurde 1962 nach ihm benannt. Die Bundesrepublik Deutschland verlieh ihm 1955 für seine herausragenden kommunalen Leistungen das große Bundesverdienstkreuz. Das Land Rheinland-Pfalz überreichte dem Baumeister des neuen Ludwigshafen die Freiherr-vom-Stein-Plakette. Im Alter von 89 Jahren starb Valentin Bauer am 27. Oktober 1974 in Bad Kreuznach.

Karl Fischer wurde am 22. September 1877 in Ludwigshafen geboren. Ausbildung zum Dreher bei den Luxwerken. 1897 DMV. 1898 SPD. Fischer war zunächst vor allem gewerkschaftlich aktiv; u.a. ab 1903 als Vorsitzender des DMV Ludwigshafen sowie ab 1906 als hauptamtlicher Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes; weiterhin Aufsichtsratsvorsitzender des Konsumvereins sowie Vorsitzender des Gewerkschaftskartells. Von 1914 bis 1917 Militärdienst. Seit 1918 Mitglied im Stadtrat wurde er 1920 zum SPD-Fraktionsvorsitzenden und in den pfälzischen Bezirksvorstand seiner Partei gewählt. 1923 wurde er neun Monate von den Franzosen inhaftiert und anschließend aus der Pfalz ausgewiesen. 1924 Vorsitzender des ADGB in Ludwigshafen, ab 1928 MdL Bayern. Vom 2. April bis 30. April 1933 wurde er in „Schutzhaft“ genommen, danach ständig überwacht und verfolgt, war er bis 1940 arbeitslos. Vom 17. August bis 13. September 1944 erneut inhaftiert. Am 27. April 1945 wurde er von den Amerikanern als Vertreter der Sozialdemokratie in den 17 Mitgliedern umfassenden Beirat der Stadt Ludwigshafen berufen. Anschließend beteiligte er sich am Wiederaufbau von SPD und Gewerkschaften und wurde am 22. Mai 1945 Vorsitzender des FDGB sowie am 18. Dezember 1945 stellvertretender Vorsitzenden des Industrieverbandes Metall; anschließend wieder dessen Geschäftsführer. Am 29. März 1946 wurde ein neues Bürgerkomitee aus 30 Mitgliedern gebildet, dem Fischer ebenfalls angehörte. Ab September 1946 erneut Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. 1947/48 stellvertretender Gewerkschaftskartellvorsitzender in Ludwigshafen. Karl Fischer starb nach langer Krankheit am 25. Februar 1950 in Ludwigshafen.

Krug, Jakob: Jakob Krug wurde am 14. September 1892 in Ludwigshafen geboren. Seit 1930 für die SPD Mitglied des Stadtrates und beschäftigt als Krankenkontrolleur bei der AOK Ludwigshafen; Mitglied des Betriebsrates. Vorsitzender des Sportkartells der freien Sportbewegung. Vom 13. März bis 1. April 1933 als Mitglied der SPD in Schutzhaft; anschließend aus seinem bisherigen Arbeitsverhältnis entlassen und bis 1935 arbeitslos. Danach beschäftigt als Arbeiter, bzw. ab 1936 bei der Firma Halberg als Dreher. Vom 22. bis 26. August 1944 erneut in Schutzhaft. Vom 27. April 1945 zur Stadtratswahl am 15. September 1946 Mitglied des ernannten Ludwigshafener Beirates bzw. des Bürgerratskomitees für die SPD und von 1946 bis 1964 Mitglied des gewählten Stadtrates von Ludwigshafen für die SPD. Mitbegründer und Vorsitzender des SPD Unterbezirks Ludwigshafen bis 1956. Vorsitzender des ASV Ludwigshafen und 2. Vorsitzender des Stadtverbandes für Leibesübungen. Jakob Krug starb am 12. Januar 1974 in Mannheim.

Wilhelm Schäfer wurde am 26. Mai 1882 in Neustadt an der Weinstraße geboren. Kaufmännischer Angestellter. Schäfer trat 1918 der SPD bei und war danach bis 1933 Vorsitzender des Angestelltenrates der BASF. 1933 wurde er inhaftiert und war auch danach noch weiteren Verfolgungen ausgesetzt. 1945 wurde er Mitglied des Beirates und des Bürgerratskomitees, 1946 wurde er in den Stadtrat gewählt. Seit 1952 Fraktionsvorsitzender der SPD, ab 1958 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Stadtrat 1960 Ehrenvorsitzender. 1932 zum Präsident der Freireligiösen Landesgemeinde der Pfalz gewählt, seit 1949 Präsident des Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands. Wilhelm Schäfer starb am 19. Mai 1961 in Ludwigshafen

Edwin Will wurde am 10. Oktober 1893 in Ludwigshafen als Sohn eines Schneiders geboren. Er absolvierte nach der Volksschule eine metallverarbeitende Lehre und arbeitete seit 1910 bei der Stadt Ludwigshafen als Mechaniker. Seit 1911 Mitglied des „Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ (VGS). 1913 zum Militär eingezogen, kehrte er 1915 mit einem Bauchschuss schwer verwundet nach Ludwigshafen zurück und trat der SPD bei. 1916 Übernahme als Arbeiter bei den Städtischen Wasserwerken Ludwigshafen. 1920 zum Betriebsratsmitglied bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen gewählt. Seit 1922 Betriebsratsvorsitzender der städtischen Betriebe Ludwigshafen. Von 1924 bis 1928 Vorsitzender der Filiale Ludwigshafen des VGS; in dieser Eigenschaft Mitglied des Ortskartells des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Seit 1925 SPD-Abgeordneter im Kreistag Ludwigshafen, ferner Vorstandsmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse und der örtlichen Organisation des „Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften“. Seit 1927 Mitglied des Verbandsbeirates, dem höchsten Gremium der VGS zwischen den Verbandstagen. Im Jahr 1928 als Sekretär des Bezirks Berlin Brandenburg hauptamtlich angestellt, arbeitete er bis 1929 an der Gewerkschaftsschule des Verbandes in Buckow bei Berlin. Von 1929 bis 1930 hauptamtlicher Sekretär des Verbandes im Bezirk Schlesien in Breslau. April 1930 von der Organisation (seit 1930: Gesamtverband) nach Frankfurt am Main delegiert. 1933 entlassen, für zwei Wochen in Schutzhaft genommen. Will kehrte im August 1933 nach Ludwigshafen zurück. Er stand bis 1936 unter verschärfter Polizeiaufsicht, jedwede Arbeit wurde ihm verwehrt. Er verdiente sich als Vertreter seinen kargen Lebensunterhalt. Von 1940 bis 1945 zum kasernierten Luftschutz eingezogen. Will gehörte zu dem Kreis verfolgter Ludwigshafener Gewerkschafter, die sich im März 1945 trafen, um über die kommende Gewerkschaftspolitik zu beraten. Am 27. April 1945 wurde er von den Amerikanern in den 16 Mitgliedern umfassenden Beirat der Stadt Ludwigshafen berufen. Am 22. Mai 1945 wurde Will von 62 Gewerkschaftsdelegierten zum Vorstandsmitglied des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Ortsausschuss Ludwigshafen (FDGB)“ gewählt. Am 19. Dezember 1945 konstituierte sich auf einer Gründungsversammlung unter Edwin Wills Leitung der Industrieverband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem zunächst nur Arbeiter beitreten durften, weil die französischen Militärbehörden, den Angestellten und Beamten des öffentlichen Sektors jede gewerkschaftliche Organisation untersagten. Am 29. März 1946 wurde ein neues Bürgerkomitee aus 30 Mitgliedern gebildet, dem Will ebenfalls angehörte. Seit dem 2. Juli 1946 Mitglied des vorbereitenden Ausschusses zur Gründung der „Gewerkschaft Öffentlicher Betriebe und Verwaltungen“ in Hessen-Pfalz; am 15. September 1946 wurde er in den Ludwigshafener Stadtrat gewählt, dem er bis zum 8. November 1952 angehörte. Am 16. April 1947 wurde er zum 1. Vorsitzenden der rheinland-pfälzischen Landesgewerkschaft gewählt und auf der Interzonenkonferenz der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Oberursel für Rheinland-Pfalz in den Interzonenausschuss gewählt, der die Lohn- und Tarifpolitik zentral koordinieren sollte. Eine zentrale Forderung Wills auf dem 1. Verbandstag 1947, die Kolleginnen und Kollegen des Transport- und Verkehrswesens in seine Gewerkschaft zu integrieren, konnte bis 1949 nicht realisiert werden, da die französische Besatzungsmacht die Bildung eines großen Industrieverbandes untersagte. Am 2. und 3. Mai 1947 traten in Mainz 183 Delegierte zur Gründung des „Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz“ (AGB Rheinland-Pfalz) zusammen. Wahl Wills als Beisitzer in den Bundesvorstand. Als allseits akzeptierter Funktionär „überlebte“ Will 1947 den „Machtwechsel“ im FDGB Ludwigshafen von einer sozialdemokratischen hin zu einer kommunistischen Mehrheit. 1948 mit dem drittbesten Ergebnis aller abgegebenen Delegiertenstimmen erneut in den lokalen (nun wieder sozialdemokratisch dominierten) Vorstand gewählt. Spätestens 1948 war bei Will eine deutliche Radikalisierung zu verzeichnen; als Leiter der „Hungerdemonstrationen“ in Ludwigshafen und Mitglied des großen Ernährungsausschusses Rheinland-Pfalz stellte er sich an die Spitze einer populistischen Volksbewegung. Einstimmige Wiederwahl auf dem 2. Verbandstag der „Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ in Mainz am 23. März 1948. Auf der

Delegiertenkonferenz der „Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ am 8. Januar 1949 zum Delegierten für den „Vereinigungsverbandstag der Gewerkschaften der Öffentlichen Dienstes, Transport und Verkehr“ vom 28. bis 30. Januar 1949 in Stuttgart gewählt. Will nahm am Verschmelzungsverbandstag teil, obgleich die Militärregierung einen Tag vor Sitzungsbeginn den Delegierten aus ihrer Zone untersagt hatte, sich aktiv zu beteiligen. Demonstrativ zu einem der Beisitzer auf dem Vereinigungsverbandstag gewählt, brachte er den „Willen zur Vereinigung“ der Mitgliedschaft der französischen Zone zum Ausdruck. In den Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr gewählt. Auf der Bezirkskonferenz im Dezember 1949 zum ersten Bezirksleiter der Gewerkschaft ÖTV von Rheinland-Pfalz gewählt; als letzter Bezirk konnte Rheinland-Pfalz zum 1. Oktober 1950 verwaltungsmäßig und kassentechnisch integriert werden. Seit Gründung Mitglied des Vorstandes des Bezirks Rheinland-Pfalz des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gesellschafter der Vermögensverwaltung der Gewerkschaft ÖTV und Mitglied des Hauptvorstandes der ÖTV sowie der großen Tarifkommission und des Beirates. Durch eine von vielen Mitgliedern als unglücklich empfundene Zusammensetzung des Bezirksvorstandes, die die konfessionelle, politische und landmannschaftliche Zusammensetzung der Mitgliedschaft nur unzulänglich berücksichtigte, kam es innerhalb des Bezirks zu erheblichen Spannungen, die sich gegen den Bezirksleiter Will richteten. Im Frühjahr 1957 wurden scharfe Proteste der Betriebsräte der Städte Frankenthal, Kaiserslautern, Bad Kreuznach, Mainz, Oberlahnstein, Pirmasens und Zweibrücken laut, die eine verbesserte Vertretung bei Tarifverhandlungen einklagten. Seit Mitte des Jahres 1957 forderte die Mehrheit der ehrenamtlichen Kreisvorsitzenden eine personelle Änderung der Bezirksverwaltung. Will schied deshalb Ende 1958 aus dem Dienst der Gewerkschaft ÖTV aus. Sein sozialpolitisches Engagement blieb als „Rentner“ ungebrochen. Bis 1965 wirkte er als Landesarbeitsrichter in Mainz und als Sozialrichter in Speyer. Nach seiner Pensionierung Vorsitzender des Ältestenrates des SV Südwest. Bis 1970 Bundesvorsitzender des Zentralverbandes der Sozialversicherten, Rentner und deren Hinterbliebenen und Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz. Edwin Will starb am 6. November 1975 in Ludwigshafen.

Der Gewerkschafter **Oskar Vongerichten** wurde am 12. September 1895 in Offenbach bei Landau geboren. Zunächst arbeitete er als Schlosser im Ausbesserungswerk Ludwigshafen der pfälzischen Eisenbahn. Ab 1914 war er Wagenmeister des Rangierbahnhofs. 1919 wurde Vongerichten zum Vorsitzenden des Betriebsrates der Eisenbahndirektion Ludwigshafen gewählt und war ab 1924 Hauptbetriebsrat der Deutschen Reichsbahn. 1931 Mitglied des Bezirksvorstandes Pfalz der SPD. 1933 wurde Vongerichten aus beiden Betriebsratsämtern entfernt. Am 27. April 1945 als SPD-Vertreter in den Beirat berufen, aber im März 1946 nicht in das Bürgerratskomitee überkommen. Vongerichten – Mitbegründer der pfälzischen SPD 1945 – stand ab 1946 in Ludwigshafen der Ortsverwaltung des Eisenbahnerverbandes vor. Zwischenzeitlich zum Vorsitzenden des Hauptbetriebsrat bei der Generaldirektion der Südwestdeutschen Eisenbahnen in Speyer berufen, war er von 1952 bis 1953 2. Vorsitzender der Hauptpersonalvertretung der Deutschen Bundesbahn und von 1952 - 1957 Mitglied des Verwaltungsrates. Er starb am 12. März 1959 in Ludwigshafen

KPD-Vertreter durch Fritz Baumgärtner, SR Max Frenzel (FOTO), GEW Paul Liebel (FOTO), USP Wilhelm Crammé (FOTO),und Josef Seufert vertreten war. (5 von 17)

Crammé, Wilhelm: Wilhelm Crammé wurde am 26. April 1889 in Ludwigshafen geboren. Seit 1918 selbstständiger Kohlenhändler. 1920 USPD, 1924 Spitzenkandidat der USPD zum Stadtrat Ludwigshafen und für den Wahlkreis Pfalz zum Reichstag. 1931 KPD. 1937/38 aus politischen Gründen inhaftiert. 1945 Mitbegründer der Ludwigshafener KPD und Mitarbeiter der pfälzischen Bezirksleitung. Vom 27. April 1945 zur Stadtratswahl am 15. September 1946 Mitglied des ernannten Ludwigshafener Beirates bzw. des Bürgeratskomitees für die KPD und von 1946 bis 1948 Mitglied der gewählten Kreisversammlung Ludwigshafen für die KPD. Wilhelm Crammé starb am 9. Juli 1958 in Ludwigshafen.

Max Frenzel wurde am 9. April 1891 in Nürnberg geboren. Nach dem Besuch der Volksschule lernte er das Schlosserhandwerk und fand in der BASF in Ludwigshafen Arbeit. 1909 trat er der SPD bei, nach deren Spaltung im Jahre 1917 entschied er sich für die USPD. 1918 nahm er Verbindung zum Spartakusbund auf und wurde 1919 Mitglied der KPD. Frenzel war im Jahre 1920 Mitbegründer der KPD in Ludwigshafen, zwei Jahre später übernahm er das Amt des pfälzischen Bezirksvorsitzenden der Partei. Weil er dem Arbeiterrat in der BASF angehörte, wurde Frenzel im November 1922 entlassen. Ein Jahr später wiesen ihn die Franzosen nach der Rheinlandbesetzung aus der Pfalz aus. Als hauptamtlicher Funktionär arbeitete er zunächst illegal im Saargebiet und wurde Mitte 1924 zum Organisationsleiter des Bezirks Rhein-Saar berufen. Im Dezember 1924 belegte Max Frenzel bei den Reichstagswahlen den Listenplatz 3 im Wahlkreis Pfalz. Im gleichen Jahr wurde er in den Ludwigshafener Stadtrat gewählt, wo er Fraktionsvorsitzender seiner Partei war. Ende 1927 wurde Frenzel vom Zentralkomitee abgesetzt und im Februar 1928 ausgeschlossen. Anschließend war er Führer der Trotzlisten in der Pfalz. Nach längerer Erwerbslosigkeit arbeitete er wieder in seinem Beruf als Schlosser. 1928 trat er bei der Reichstagswahl als Spitzenkandidat der Alten Kommunistischen Partei (AKP) in der Pfalz an. Zwischen 1929 und 1933 war Frenzel als Vertreter der „Linken Opposition der KPD“ erneut Mitglied des Stadtrats in Ludwigshafen. 1930/31 wurde er Mitglied der Reichsleitung der trotzkistischen „Vereinigten Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)“. Die Nationalsozialisten inhaftierten ihn zwischen 1933 und 1945 dreimal für kürzere Zeit. Nach dem Zusammenbruch berief ihn die amerikanische Militärregierung in den Ludwigshafener Beirat und ernannte ihn im September zum Beigeordneten. Frenzel war maßgeblich am Wiederaufbau der Gewerkschaften in seiner Heimatstadt beteiligt, er arbeitete als Sekretär der IG Metall und war dort Beisitzer im Landesvorstand. Im Juni 1945 trat er wieder der KPD bei und wurde 1946 Mitglied der pfälzischen Bezirksleitung der KPD und der Landesleitung der KP Hessen-Pfalz sowie der Kreisleitung Ludwigshafen, zuständig für Kommunalpolitik. In der ersten Kommunalwahl kam Frenzel in den Stadtrat und wurde dort zum 2. Beigeordneten gewählt. 1948 wurde er erneut Mitglied des Ludwigshafener Stadtrates, aber als Beigeordneter nicht bestätigt. 1951 schloss ihn die KPD erneut aus, da er sich nicht von seinem Parteifreund, Stadtratskollegen und Landtagsabgeordneten Fritz Baumgärtner distanzierte, der aus der KPD austrat. Die Stadt Ludwigshafen verlieh Max Frenzel 1971 wegen seiner Verdienste um den Wiederaufbau Ludwigshafens den Ehrenring. Am 18. Oktober 1975 starb Frenzel in seiner Heimatstadt.

Paul Liebel wurde am 23. Dezember 1900 in Nürnberg geboren. Gewerkschaftssekretär. Wegen seiner aktiven Mitgliedschaft im kommunistischen Industrieverband 1924 bei der BASF entlassen. Vom 28. Mai bis 1. Juni sowie 27. Juni bis 30. Juni 1933 in „Schutzhaft“ und anschließend vom 30. Juni 1933 bis 23. Februar 1934 im KZ Dachau inhaftiert. Am 27. April 1945 wurde Liebel von den Amerikanern in den 17 Mitglieder umfassenden Beirat der Stadt Ludwigshafen berufen. Mai 1945 Mitglied der pfälzischen Bezirksleitung der KPD. Am 17. Dezember 1945 wurde Liebel zum Vorsitzenden der Gewerkschaft Chemie in Ludwigshafen gewählt. Februar 1946 Mitglied der Landesleitung der KP Hessen-Pfalz. Am 29. März 1946 wurde ein neues Bürgerkomitee aus 30 Mitgliedern gebildet, dem Liebel ebenfalls angehörte. Seit September 1946 Mitglied des Stadtrates in Ludwigshafen. März 1947 Abwahl als Vorsitzender der Gewerkschaft Chemie,

aber Einstellung als hauptamtlicher Sekretär. 1949 Mitglied der Landesleitung der KPD in Rheinland-Pfalz. Am 7. April 1951 Austritt aus der KPD. 25. Februar 1952 Beitritt zur SPD. Paul Liebel starb am 14. November 1963 in Ludwigshafen.

Josef Seufert wurde am 9. März 1903 in Volkach geboren. Schneidermeister. Ab dem 27. April 1945 bis zur Stadtratswahl 1946 Mitglied des Beirates und des Bürgerratskomitees für die KPD in Ludwigshafen.

Zentrum: PF MARTIN WALZER (FOTO), SR LUDWIG REICHLING (FOTO), ZA Dr. OTTO SPIEB (FOTO), LUDWIG DISSINGER (4 von 17)

Martin Walzer wurde am 17. Mai 1883 in Büchelberg geboren. Nach dem Abitur in Speyer 1902 studierte er bis 1905 katholische Theologie in Innsbruck. Es folgte eine Tätigkeit als Kaplan von 1906 bis 1909 in St. Martin, 1909/10 in Hettendenleiden sowie von 1910 bis 1914 in Ludwigshafen und 1914/15 in Neustadt. 1911 legte er das Pfarrereexamen ab; 1915 bis 1922 war er Pfarrer in Heltersberg und danach bis zu seiner Pensionierung wieder in Ludwigshafen. Walzer war zunächst Mitglied der BVP und Vertreter der Pfalz im Landesvorstand dieser Partei. 1923/24 engagierte er sich im Abwehrkampf gegen den Separatismus. 1925 wurde er zum päpstlichen Geheimkämmerer ernannt. 1928 trat er zum Zentrum über; außerdem war in der Weimarer Republik Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. Neben einer Geldstrafe wegen Beleidigung eines NS-Redakteurs 1932 wurde er 1938 wegen des Besitzes von „staatsfeindlichen“ Schriften zwei Tage inhaftiert. Auch danach stand er unter Gestapo-Kontrolle. Am 27. April 1945 wurde er als Vertreter des Zentrums von den Amerikanern in den 17 Mitglieder umfassenden Beirat der Stadt Ludwigshafen berufen; am 6. November 1945 beteiligte er sich an der illegalen Neugründung der Zentrums-Ortsgruppe in Ludwigshafen. Bei der anschließenden Legalisierung der CDU Hessen-Pfalz trat er als Mitglied des vorläufigen Direktoriums hervor. Am 29. März 1946 wurde in Ludwigshafen ein neues Bürgerkomitee aus 30 Mitgliedern gebildet, dem Walzer nun als Vertreter der CDU angehörte. Nach der Stadtratswahl 1946 trat zunehmend aus dem politischen Geschehen zurück. Im April 1957 trat er in den Ruhestand. Am 28. Februar 1959 verstarb Martin Walzer in Büchelberg.

Ludwig Reichling wurde am 30. Dezember 1889 in Ludwigshafen geboren. Von Beruf Architekt war er als Baumeister in der BASF beschäftigt. 1919 wurde er zum Vorsitzenden des Zentrums in Ludwigshafen gewählt. Von 1929 bis 1933 gehörte er dem Stadtrat an. 1945/46 trat er wieder als Mitbegründer der Ludwigshafener und pfälzischen CDU hervor. Am 2. Juni 1946 wurde er zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden, am 13. Februar 1947 zum Kreisvorsitzenden gewählt. Ab dem 22. September 1946 war er Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion, ab dem 18. Mai 1947 auch MdL. 1958 trat er vom Vorsitz des CDU-Kreisverbandes sowie des Bundestagswahlkreises zurück. 1959 kandidierte er nicht mehr für den Landtag, 1960 nicht mehr für den Stadtrat. Ludwig Reichling starb am 10. März 1964 in Ludwigshafen.

Dr. Otto Spieß wurde am 12. Juli 1895 in Stein bei Annweiler geboren. Zahnarzt. 1901 Besuch der Volksschule in Stein bei Annweiler und ab 1909 des Gymnasiums in Vechta sowie 1914/15 in Speyer. Ab 1919 Studium in Heidelberg und Würzburg. Mitglied einer katholischen Verbindung. 1923 Promotion. Seit 1931 tätig in der eigenen Praxis. Während der nationalsozialistischen Herrschaft zeigte er eine „passive Resistenz“ und stand unter Beobachtung wegen seiner Unterstützung für jüdische Mitbürger. Am 27. April 1945 wurde er als Vertreter des Zentrums von den Amerikanern in den 17 Mitglieder umfassenden Beirat der Stadt Ludwigshafen berufen. Am 29. März 1946 wurde ein neues Bürgerkomitee aus 30 Mitgliedern gebildet, dem Dr. Spieß nun als Vertreter der CDU ebenfalls angehörte. Anschließend von September 1946 bis November 1948 Mitglied des Stadtrates Ludwigshafen. 1947 stellvertretender Vorsitzender im CDU Kreisverband Ludwigshafen. 1948 schied er auch aus dieser Funktion aus. Dr. Otto Spieß verstarb Ende der sechziger Jahre in Ludwigshafen.

Dissinger, Ludwig: Ludwig Dissinger wurde am 3. Mai 1895 geboren. Ingenieur. Am 27. April 1945 als Zentrumsvertreter in den Beirat berufen, aber im März 1946 von der Liste des Bürgerratskomitees gestrichen. Ludwig Dissinger lebte bis ins hohe Alter in Ludwigshafen.

WIRTSCHAFTSVERTRETER: ERNST DEMUTH (FOTO), Dr. HERMANN FERNHOLZ (FOTO) (2 von 17)

Demuth, Ernst: Ernst Demuth wurde am 18. Dezember 1895 in Ludwigshafen geboren. 1928 Eröffnung des Kunstgewerbehauses Demuth-Zimmermann im Rheinblock. 1935 Geschäftsführer der Demuth GmbH, die ihren Sitz im gleichnamigen Textilhaus an der Ecke Ludwig- und Kaiser-Wilhelm-Straße hatte. 1939 wurde seine Aufnahme in die NSDAP abgelehnt, da er Schatzmeister der Odd-Fellow-Loge war; Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes der Pfalz; 1942 war er Beauftragter für Fliegerschaden der Textil-Gruppe Ludwigshafen. 1943 Kriegszerstörung des Textilhauses Demuth. Übersiedlung in den Pfalzbau; 1949 Rückkehr in den Rheinblock; 1953 in die Ludwigsstraße, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße. Vom 27. April 1945 bis zur Stadtratswahl am 15. September 1946 Mitglied des ernannten Ludwigshafener Beirates bzw. des Bürgerratskomitees als Wirtschaftsvertreter sowie der Vollversammlung der IHK Pfalz. 1946 bis 1948 Mitglied des gewählten Stadtrates von Ludwigshafen für die Wirtschaftliche Vereinigung. Ernst Demuth starb am 25. Juni 1963 in Ludwigshafen.

Fernholz, Hermann: Hermann Fernholz wurde am 4. Juni 1904 in Bergneustadt im Obergischen Kreis geboren. Das Studium der Staats- und Sozialwissenschaften schloß er im Mai 1928 mit dem Volkswirt-Diplom und im Dezember 1929 mit der Promotion zum Dr. rer. Pol. ab. Als Vorstandsmitglied der Halberg Maschinenbau und Giesserei AG wurde er 27. April 1945 als Wirtschaftsvertreter in den Beirat berufen. Am 2. Mai 1945 wurde das zum provisorischen Präsidenten und Geschäftsführer der Wirtschaftskammer Ludwigshafen berufen. Am 23. Januar 1946 legte Dr. Fernholz sein Mandat im Beirat nieder. Der nun stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Halberg Maschinenbau und Giesserei AG trat 1947 als Geschäftsführer in die Dienste der Grünzweig + Hartmann GmbH. Nach der Umwandlung der Firma Grünzweig + Hartmann in eine AG im Jahr 1952 wurde Dr. Fernholz zunächst zum alleinigen Vorstand und 1958 zum alleinzeichnungsberechtigten Vorsitzenden bestellt. Im Dezember 1970 trat er in den Ruhestand. Er starb am 1. Januar 1985 in Großsachsen.

Seit Mai 1945 gab es in Ludwigshafen direkte Unterredungen zwischen Vertretern von KPD und SPD.

Am 18. Mai 1945 wurde ein „Oberpräsidium“ für „Saarland-Pfalz-Süd Hessen“ gebildet. Dem Oberpräsidium stand als „Oberpräsident“ der ehemalige Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Hermann Heimerich vor. Am 4. Juni 1945 wurde das Oberpräsidium um die ehemaligen preußischen Regierungsbezirke Koblenz und Trier vergrößert und als „Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar“ bezeichnet, dem Dr. Heimerich nun als „Oberregierungspräsident“ vorstand. Gleichzeitig erfolgte der Aufbau eines Regierungspräsidiums für die Pfalz in Neustadt unter dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister von Ludwigshafen, Hans Hoffmann.

In Anbetracht des bevorstehenden Besatzungswechsels löste bereits am 7. Juli 1945 Hoffmann Dr. Heimerich als Oberregierungspräsident ab.

Das Oberregierungspräsidium wurde zum 10. Juli 1945 von den Amerikanern an die Franzosen abgetreten. Gleichzeitig wurde die Südpfalz in das Regierungspräsidium Pfalz eingegliedert. Franzosen in Lu: Kollektivschuld der Deutschen; keine Präferenz für Antifaschisten; Föderalismus statt Nationalstaat.

Ab dem 25. Juli 1945 erfolgte die Auflösung des Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar. Während in Neustadt nun ein „Oberregierungspräsidium Pfalz-Hessen“ für die Pfalz und Rheinhessen unter der Leitung von Oberregierungspräsidenten Hoffmann gebildet. Ende August 1945 wurde das Oberregierungspräsidium Pfalz-Hessen in Hessen-Pfalz umbenannt.

Am 05. September 1945 **Valentin Bauer** von den Franzosen als Oberbürgermeister eingesetzt

Anfang Oktober 1945 wurde Hoffmann als Oberregierungspräsident durch Dr. Eichenlaub abgelöst.

Ab dem 9. November 1945 gestattete die französische Militärregierung in der Pfalz die Abhaltung von „Antifaschistischen Versammlungen“. Daraufhin führten KPD und SPD am 16. und 26. November 1945 in Speyer gemeinsam zwei entsprechende Veranstaltungen durch, bei denen sie wechselseitig den Hauptredner bzw. Versammlungsleiter stellten. Auf der zweiten Versammlung sprach Herbert Müller über das Thema „Durch Einheit zur Demokratie“ und warb für eine Beibehaltung des antifaschistischen Konsenses beider Arbeiterparteien.

Am 27. November 1945 wurde Dr. Ludwig Reichert (Zentrum) **FOTO** und Max Frenzel (KPD) von den Franzosen als Erster und Zweiter Bürgermeister eingesetzt.

Am 11. Dezember 1945 wurde in der Pfalz ein überparteilicher Ausschuß der „in Entwicklung begriffenen“ Parteien zugelassen. Nach der offiziellen Zulassung der Parteien tagte er als „überparteilicher Ausschuß“ regelmäßig gemeinsam mit der Präsidialdirektoren-Konferenz unter der Leitung von Dr. Eichenlaub.

Als letzte der vier Besatzungsmächte gestattete Frankreich mit der Verordnung Nummer 23 (**FOTO**) vom 13. Dezember 1945 die Wiedergründung von Parteien in seiner Besatzungszone. Mit dem 13. Dezember 1945 war es den Parteien in der Pfalz nach vorheriger Anmeldung gestattet, Konferenzen und geschlossene Versammlungen auf Ortsebene durchzuführen.

Allerdings die Ausführungsbestimmungen zur Gründung der Parteien vom 12. Januar 1946 legten deren Konstituierung von oben nach unten fest, so daß zunächst Regionalorganisationen und dann erst Lokalorganisationen zu bilden waren. Hingegen wurden sowohl zonale Zusammenschlüsse als auch der Anschluß an eine gesamtdeutsche Partei untersagt. Auch die Verwendung des „D“ z.B. in den traditionellen Parteinamen der SPD bzw. KPD war in der Französischen Besatzungszone zunächst offiziell nicht gestattet.

KPD

Noch im Mai 1945 tagte in Ludwigshafen auf Einladung von Fritz Baumgärtner eine erste Konferenz Pfälzer Kommunisten, die Baumgärtner zum Bezirksleiter der KPD in der Pfalz beriefen

Im Juni 1945 wurde die Verbindung zum ZK in Berlin aufgenommen. Nach Abgabe einer Loyalitätserklärung wurde entgegen den ursprünglichen Richtlinien der Moskauer Parteiführung auch dem pfälzischen Trotzlistenführer Max Frenzel eine Mitarbeit beim Neuaufbau der KPD in der Pfalz ermöglicht.

Nachdem Anfang August 1945 dem Friesenheimer **Herbert Müller** (**FOTO**) aus dem Exil nach Ludwigshafen zurückgekehrt war, wurde er auf einer von etwa 20 Parteimitgliedern besuchten Versammlung zum Vorsitzenden des Bezirkes Pfalz der KPD gewählt.

Bereits zu seinem Lebzeiten war der Ludwigshafener Ehrenbürger **Herbert Müller** eine politische Legende. Am 13. September 1900 in der Bauernwiesenstraße im Stadtteil Friesenheim geboren, trat er 1917 als Vorsitzender der Sozialistischen Jugend in Ludwigshafen erstmals politisch hervor. Noch 1918 überführte er diese Organisation mit der Mehrheit der Mitglieder in die Freie Sozialistische Jugend, die sich wie Müller selbst 1919 der KPD anschloss. 1924 – als einer der kommunistischen Streikführer bei der BASF entlassen - begann seine hauptamtliche politische Karriere als Setzer bei der kommunistischen PEUVAG-Druckerei in Mannheim. Ein Jahr zuvor war er bereits Mitglied der Bezirksleitung Pfalz der KPD und sowie ihr Vorsitzender in Ludwigshafen geworden. 1928 zog er als jüngster Abgeordneter in den bayerischen Landtag ein; ein Jahr später wurde er auch Stadtrat in Ludwigshafen. Nach dem faktischen Partei-Verbot im Februar war bis

zum 1. Mai 1933 Leiter der illegalen Arbeit der KPD in der Pfalz. Am 2. Mai 1933 verhaftet und zunächst in Ludwigshafen inhaftiert, wurde er am 1. Juli 1933 ins KZ Dachau überführt, aus dem er erst am 3. April 1935 entlassen wurde. Da Müller anschließend die Widerstandsarbeit wieder aufnahm, entging er nur durch seine Flucht nach Frankreich im Oktober 1936 einer erneuten Verhaftung. Ab Januar 1937 beteiligte er sich in Spanien als Kaderoffizier der XI. Internationalen Brigade am Bürgerkrieg. Ende 1938 kehrte er mit Genehmigung der französischen Regierung zur Betreuung dort internierter Spanienkämpfer nach Frankreich zurück, um dann selbst bei Kriegsausbruch 1939 in Paris interniert zu werden. 1940 für den Kriegsdienst in der französischen Armee mobilisiert, floh Müller vor der Wehrmacht nach Limoges. Anschließend war als Angehöriger der 313. Gruppe der Arbeitskompanie Travailleur Etranger als Drucker in Bellac beschäftigt. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Südfrankreich ging Müller erneut in die Illegalität und übernahm eine führende Tätigkeit in der KPD-Emigrantengruppe in Südwestfrankreich sowie nach der Befreiung im Komitee Freies Deutschland für den Westen in der Region Toulouse. Sofort nach seiner Rückkehr nach Deutschland im August 1945 wurde er Vorsitzender der KPD in der Pfalz, anschließend Landesvorsitzender der KP Hessen-Pfalz und schließlich 1947 Landesvorsitzender der KPD in Rheinland-Pfalz. Gleichzeitig war er Vorsitzender der Stadtratsfraktion der KPD in Ludwigshafen sowie Vorsitzender ihrer Landtagsfraktion. Im Zuge der Auseinandersetzung zwischen Stalin und Tito wurde Müller Opfer einer innerparteilichen Verleumdungskampagne und 1948 wegen „Titoismus“ als Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender in Mainz abgelöst. Weiteren Verfolgungsmaßnahmen entging er im September 1949 nur durch seinen KPD-Austritt, dem er unmittelbar den Übertritt zur SPD folgen ließ; ein Vorgang der damals aufgrund seines frühen Zeitpunkts sogar international Aufsehen erregte. Müller war dann von 1950 bis 1966 Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Ludwigshafen und verblieb bis 1969 im Stadtrat sowie bis 1971 im Landtag. 1983 wurde er Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen und war bis zu seinem Tod am 24. November 1994 in Ludwigshafen ein begehrter Zeitzeuge.

Anschließend wurde unter schwierigsten technischen Bedingungen der Wiederaufbau illegaler Ortsgruppen forciert.

Dabei mußte zunächst festgestellt werden, wie viele der ehemaligen Parteimitglieder in der Pfalz sich dem nationalsozialistischen Staat verweigert hatten und nach 12 Jahren individuellen Terrors für den Wiederaufbau der Partei noch zur Verfügung standen. Anschließend wurde mit der Werbung neuer Mitstreiter begonnen. Hierzu meldeten die Ortsgruppen der Bezirksleitung Referenten, die nach entsprechender Schulung als Parteiredner eingesetzt wurden. Inhaltlich wurden sie durch schriftliche „Vortragsdispositionen“ des ZK der KPD angeleitet. Diese wurden hektographiert aus Ostberlin geliefert und anschließend in Ludwigshafen gedruckt. Mit den „Vortragsdispositionen“ sollten die alten und neuen Parteimitglieder über die Politik der KPD seit 1933 und ihren politischen Neubeginn im Sinne des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 informiert werden. Zur ideologischen Schulung wurden nach Kriegsende von den pfälzischen Kommunisten auch die in Straßburg für die Parteiorganisation im Elsaß in deutscher Sprache aufgelegten Broschüren der Kommunistischen Partei Frankreichs verbreitet. Auch die deutsche Ausgabe des Zentralorgans der KPF, „l’Humanité“, für das Elsaß fand Verbreitung in der Pfalz.

Am 29. August 1945 berieten in Ludwigshafen jeweils vier Vertreter von KPD und SPD über die Bildung von „Verständigungsausschüssen“ auf der bezirklicher Ebene.

Einen ersten Organisationsbericht über den Bezirk Pfalz übermittelte Herbert Müller am 10. September 1945 nach Berlin. Danach hatte der Bezirk in 8 Kreisen und 118 Wohngebietsgruppen inzwischen wieder 2 187 Mitglieder, wovon 1 184 bereits vor 1933 Mitglieder der KPD gewesen waren.

Am 24. September 1945 beschlossen KPD und SPD in der Pfalz analog zur Entwicklung in der SBZ eine Aktionseinheit.

Entsprechend wurde in einem „Situationsbericht über die Bezirke: Baden - Pfalz - Saargebiet und Abriß über die Stadt Stuttgart“ für das ZK der KPD vom 1. Oktober 1945 der Stand der Einheitsfront im Bezirk positiv geschildert. Sektiererische Auffassungen seien fast überwunden. „Zumindest treten solche Auffassungen in den Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppenleitungen nicht mehr auf, sondern werden höchstens noch von vereinzelt Mitgliedern unserer Partei vertreten, die, je nach Zahl und politischer Stärke, die Durchführung unserer Einheitsfrontpolitik mit der SPD noch da und dort hinauszuzögern vermögen.“.

Allerdings änderten sich nach den Wahlen in Österreich am 4. November 1945 die Vorgaben des ZK der KPD. Statt „Aktionseinheit“ und „Einheitsfront“ forderte Wilhelm Pieck am 9. November 1945 nun die baldige Vereinigung beider Arbeiterparteien.

Am 17. November 1945 ersuchte Herbert Müller in einem Schreiben an die französische Militärregierung in Neustadt um eine Zulassung der „Kommunistischen Partei Deutschlands für die Rheinpfalz“. Beigefügt wurde dem Schreiben ein Zehn-Punkte-Programm der pfälzischen KPD, basierend auf dem ZK-Aufruf vom 11. Juni 1945. Unterzeichnet war der Antrag von 26 pfälzischen Kommunisten. Gezielt hatte die KPD bei den Unterzeichnern auf Opfer des Nationalsozialismus zurückgegriffen: Lina Herbst war die Witwe von Eugen Herbst, Oskar Brill hatte elf Jahre, Ernst Graff neun Jahre, Johann Kannengießer sieben Jahre, Hugo Gerloff sieben Jahre, Karl Zimmermann sieben Jahre, Franz Braun sechs Jahre, Herold Brigaldino 54 Monate, Georg Reffert 27 Monate, Peter Grün zwei Jahre, Herbert Müller zwei Jahre, Josef Götz zwei Jahre, Karl Hasenzahl 19 Monate, Alexander Hullet ein Jahr, Ludwig Westermann ein Jahr, Christian Knittel 7 Monate, Fritz Laur 7 Monate, Franz Laur 6 Monate und Otto Weber 3 Monate Gefängnis und KZ überlebt. Den gleichlautenden Antrag sandte Herbert Müller, verbunden mit dem Angebot, „auf wirksame Weise an der Umerziehung des deutschen Volkes beizutragen“, am 1. Dezember 1945 auch an die Französische Zentrale Militärregierung in Baden-Baden.

Am 19. Dezember 1945 forderte das ZK der KPD die Bezirksleitungen zur „Stärkung und Aktivierung der Betriebsgruppen“ auf. Ziel sollte die Bildung von Einheitsausschüssen von KPD und SPD in den Betrieben - verbunden mit der „Forderung nach der Schaffung der einheitlichen Arbeiterpartei“ - sein. Bereits einen Tag später beschloß eine Konferenz von je

60 Funktionären von KPD und SPD in Ostberlin, die dazu notwendige Vereinigung vorzubereiten. Drei Tage später wurde jedoch die pfälzische KPD durch Adolf Ludwig darüber informiert, daß hier die SPD nicht länger zu einer Aktionseinheit bereit war.

Zum Jahresende 1945 zählte die pfälzische KPD 2 772 Mitglieder in neun Kreisorganisationen, wobei bei sich nach Parteiangaben unter den Neuaufnahmen bis zu 30% ehemalige Sozialdemokraten fanden. Mitte Januar meldete sie bereits über 3 000 Mitglieder nach Berlin. Die Betriebsgruppen wurden stärker als vor 1933 bezeichnet. Unter den Mitgliedern würden auf dem Lande die Parteigänger vor 1933, in den Städten die Neuingetretenen überwiegen. Diese positive Sichtweise wurde allerdings vom Instrukteur des ZK für die FBZ, Otto Niebergall, nicht geteilt. In seinem Ergänzungsbericht verwies er darauf, daß Polleiter Herbert Müller mit seiner gleichzeitigen Funktion als Parteisekretär, Rheinpfalz-Redakteur und Mitglied des überparteilichen Ausschusses beim Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz überlastet sei. Das „Sektierertum“ sei im Bezirk noch weit verbreitet. Außerdem sei „eine ganze Reihe Genossen“ mit der Politik der Partei nicht einverstanden.

Liest man das Einladungsschreiben der Ortsgruppe Neustadt der KPD vom 16. Januar 1946 an den pfälzischen Oberregierungspräsidenten Dr. Eichenlaub zu einer öffentlichen Kundgebung mit Herbert Müller am 20. Januar 1946. Dort ist von „der jungen Kommunistischen Partei, deren Stellung sich gegenüber früher gewandelt hat“ die Rede. Entsprechend den Vorgaben des ZK forderte auch die pfälzische KPD nun statt der proletarischen Weltrevolution „eine parlamentarisch-demokratische Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“. Erst damit war allerdings auch ihre Einbeziehung in das entstehende regionalpolitische Leben möglich, was durch die offizielle Teilnahme von Dr. Eichenlaub und Oberregierungsvizepräsident Dr. Koch an der Versammlung am 20. Januar 1946 unterstrichen wurde. Entsprechend festlich wurde die Veranstaltung im Neustadter Saalbau-Kino durch das Orchester der Pfalz-Oper Kaiserslautern umrahmt. Im Mittelpunkt stand das Referat von Herbert Müller: „Was sagt die KPD zum Leidensweg der europäischen Völker und zum Weg aus der deutschen Katastrophe?“. Dabei gab er Erlebnisberichte von Parteimitgliedern aus den KZ und aus dem Exil wieder und sprach sich für den Zusammenschluß von SPD und KPD aus. Weiterhin forderten das ZK der KPD und der ZA der SPD in der SBZ am 23. Januar 1946 in einer als Flugblatt auch im Untersuchungsgebiet verbreiteten Erklärung eine Vertiefung der gegenseitigen „Verständigung und Zusammenarbeit.“

Bezugnehmend auf die Verordnung Nummer 23 beantragte Herbert Müller am 1. Januar 1946 bei der Militärregierung in Baden-Baden die „Zulassung der Kommunistischen Partei für die Rheinpfalz“. Dem Antrag wurde das Zehn-Punkte-Programm der pfälzischen KPD vom 17. November 1945 beigelegt. Diesmal war der Antrag nur von neun Parteimitgliedern unterzeichnet. Neu waren die Ludwigshafener Fritz Baumgärtner und Hermann Laub hinzugekommen, während Herbert Müller, Franz Braun, Oskar Brill, Ernst Graff, Lina Herbst, Johann Kannengießer und Ludwig Westermann bereits den Antrag vom 17. November 1945 unterzeichnet hatten. Daraufhin wurden alle neun Unterzeichner aufgefordert, einen biographischen Fragebogen der Militärregierung auszufüllen; die Fragebögen wurden am 8. Januar 1946 der französischen Militärregierung in Neustadt überlassen. Weiterhin übergab Herbert Müller am 11. Januar 1946 den Antrag vom 1. Januar 1946 zusammen mit den Fragebögen auch dem Ludwigshafener Oberbürgermeister zur Beglaubigung. Gleichzeitig meldeten sich die Ortsgruppen der KPD in der Pfalz bei den jeweiligen Bürgermeistern schriftlich in deutscher und französischer Sprache als Ortsgruppen der Kommunistischen Partei des Bezirkes Pfalz an. Damit widersprach die KPD jedoch den Richtlinien der französischen Militärregierung zur Neugründung politischer Parteien, die ihr offiziell aber erst am 18. Januar 1946 durch das Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz mitgeteilt wurden und die eine Partieneugründung nur für das gesamte Oberregierungspräsidium gestattete.

Daraufhin suchte Herbert Müller am 27. Januar 1946 für seinen bereits im Dezember 1945 um Rheinhessen erweiterten Parteibeitrag um die Genehmigung zur Gründung der „Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz“ nach. Entsprechend dieser Änderung wurde der Kreis der Antragsteller um den Wormser Wilhelm Lautenschläger erweitert.

Letztlich erhielt die KP Hessen-Pfalz, als erste Partei vor Ort, mit Erlaß Nummer 14 vom 4. Februar 1946 (**FOTO**) die Genehmigung durch General Bouley als Oberster Beauftragter der Militärregierung Hessen-Pfalz. Gleichzeitig wurde ein vorläufiger zehnköpfiger Ausschuß der KP Hessen-Pfalz genehmigt, der aus den Antragstellern Herbert Müller, Fritz Baumgärtner, Hermann Laub und Lina Herbst (alle Ludwigshafen), dem Lambrechter Franz Braun, dem Kaiserslauterner Oskar Brill, dem Neuhofener Ernst Graff, dem Speyerer Johann Kannengießer und dem Frankenthaler Ludwig Westermann sowie dem Wormser Wilhelm Lautenschläger als einzigem Vertreter Rheinhessens bestand. Sämtliche Ausschußmitglieder waren bereits vor 1933 als Funktionäre der KPD politisch aktiv und im „Dritten Reich“ verfolgt gewesen. Daher wurden gerade sie der Militärregierung als Gründungsmitglieder

vorgeschlagen. Der Ausschuß war autorisiert, ohne vorherige Genehmigung nun Ortsgruppen der KP zu gründen, mußte aber über jede Gründung ein „Verzeichnis der leitenden Personen unter Beifügung des Fragebogens“ an die zuständige Verwaltungsbehörde senden. Entsprechend forderte der Gründungsausschuß, der sich selbst als „Landesleitung Hessen-Pfalz der Kommunistischen Partei“ definierte, am 13. Februar 1946 die Parteimitglieder zur Durchführung von Gründungsversammlungen auf.

Unmittelbar nach der Legalisierung der Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz veröffentlichte deren Leitung einen eigenen Aufruf, der sich formal zwar noch an den Aufruf des ZK vom 11. Juni 1945 anlehnte, sich inhaltlich aber insbesondere für die Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei aussprach

Einen ersten Organisationsbericht für die KP Hessen-Pfalz gab Herbert Müller auf der zweiten Konferenz der Süddeutschen Parteibezirke in Stuttgart am 12. und 13. Februar 1946. Dabei betonte er die starke Verankerung der Partei in den Betrieben. Gegenüber 1933 hätte sich die Mitgliederzahl der KPD-Betriebsgruppen überall mindestens verdoppelt. Auf dem Lande sei jedoch der Mitgliederstand von 1932 noch nicht erreicht. Die ideologische Einstellung und Festigkeit der Genossen sei noch sehr unterschiedlich. Weiterhin gab Müller einen Überblick über die Schwierigkeiten beim Gewerkschaftsaufbau, die verknüpft waren mit dem Abbruch der Einheitsfrontpolitik durch die pfälzische SPD sowie über die Jugend- und Kriegsgefangenenpolitik im Bezirk Hessen-Pfalz. Damit reagierte Müller auf eine Aufforderung des Sekretariats des ZK der KPD, der Kriegsgefangenenfrage eine größere politische Bedeutung beizumessen.

Ausführlichere organisatorische Angaben für den März 1946 finden sich im Monatsbericht der Landesleitung der Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz an das ZK der KPD in Berlin: Danach gliederte sich der Bezirk in 16 Kreise (4 in Rheinhessen und 12 in der Pfalz). Die Bezirksleitung umfaßte 18 Parteimitglieder, wobei mit Funktionen namentlich Herbert Müller (Landessekretär), Heinz Bernhards (Organisation), Fritz Baumgärtner (Arbeit und Soziales), Willy Feller (Kulturabteilung), Herrmann Laub (BASF) und Ludwig Manderschied (Verbindungsmann zum Oberregierungspräsidium) erwähnt wurden. Der Mitgliedsstand der KP Hessen-Pfalz wurde mit 6 153 (davon 4 570 in der Pfalz und 1 583 in Rheinhessen) angegeben. Akribisch wurden ihre Aktivitäten zwischen Februar und dem 5. April 1946 aufgezählt: 163 Kundgebungen, 89 Mitgliederversammlungen, 71 Betriebsgruppenversammlungen, 17 Betriebsräte- und Vertrauensmännerversammlungen, 23 Frauenversammlungen, 19 Jugendveranstaltungen, 54 KZ-Veranstaltungen, 6

Kreisorganisationsleiterkonferenzen, 5 Arbeitgeberbesprechungen, 13 Schulungskurse, 37 Funktionärsbesprechungen, 19 Kassierungsbesprechungen, 14 Besprechungen mit Vertretern des Handels und der Industrie, 23 Besprechungen mit Gewerbetreibenden und 6 Bauernkonferenzen. Beim „Kampf um die Einheit“ wurde auf die ablehnende Haltung der SPD-Sekretäre Bögler und Kuraner verwiesen.

Zu deren Propagierung wurde er im März 1946 auch noch einmal in der nur zum internen Parteigebrauch vorgesehenen Broschüre der KP Hessen-Pfalz „Was ist zu tun?“ veröffentlicht. Weiter finden sich dort zwei programmatische Artikel: Von Herbert Müller: „Zur Sicherung der Demokratie“ und von Willy Feller: „Was wir Kommunisten wollen“. Beide Artikel sollten die Parteibasis ebenfalls auf die Einheitspartei einschwören. Zuvor war Ende Februar 1946 Herbert Müller bereits zum Landesvorsitzenden der Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz gewählt worden. Entsprechend war der Sitz der noch immer illegalen Bezirksorganisation der KPD in Ludwigshafen mit dem provisorischen Sitz der Landesorganisation der Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz identisch (jeweils die Privatwohnung Müllers). Seinen ersten öffentlichen Auftritt als Landesvorsitzender hatte Müller auf der zentralen Gedenkveranstaltung der KPD für die Opfer des Faschismus am 9. März 1946 in Ludwigshafen. Bereits zwei Tage später referierte Müller über „Was wir Kommunisten wollen“ auf einer Mitglieder-Feier der KP Ludwigshafen. Mit den inhaltlichen Schwerpunkten dieser Veranstaltungen, ergänzt um die Frage der Einbindung der Bauern in die Demokratie, wurde anschließend im gesamten Frühjahr 1946 eine Versammlungskampagne der KPD im Bezirk Hessen-Pfalz durchgeführt. Die häufig auch von vielen Mitgliedern der SPD besuchten Veranstaltungen standen unter dem Motto: „Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte mit dem Ziel, ein freies, demokratisches, glückliches und dauerhaftes Deutschland des Friedens und der Arbeit zu schaffen“.

Unzweifelhaft sollte damit die in der SBZ von der KPD mit Billigung der SMAD forcierte Vereinigung mit der SPD im Interesse der Konsolidierung der dortigen kommunistischen Vorherrschaft unterstützt werden. Entsprechend versuchte Herbert Müller in einem Schreiben vom 1. April 1946, den pfälzischen Bezirksvorstand der SPD für die Durchführung gemeinsamer Kundgebungen zusammen mit den Einheitsgewerkschaften anlässlich des 1. Mai 1946 zu gewinnen. Dies wurde jedoch von der SPD genauso zurückgewiesen wie die angebotene Teilnahme einer KP-Delegation (Arno Freiberg, Wilhelm Müller und Albert Rübel) an ihrem 39. Bezirksparteitag am 13. und 14. April 1946 in Kaiserslautern, die dort für die Einheitspartei werben sollte. Der Parteitag sprach sich am 13. April 1946 „aus

allgemeinen politischen Erwägungen“ einstimmig gegen einen Empfang der kommunistischen Delegation aus. Bezirkssekretär Franz Bögler begründete diese Entscheidung gegenüber Arno Freiberg damit, „daß Stalin in Rußland bei den Wahlen auch 99% der Stimmen erhalten habe, das sei doch auch nichts anderes als eine faschistische Diktatur“. In der Folge nahm die Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD zum Teil sehr persönliche Formen an. So mußte sich der SPD-Bezirkssekretär Maxim Kuraner, der bis 1939 Mitglied der KPD gewesen war, gegen ehrenrührige und böswillige Verleumdungen zur Wehr setzen. Gegenüber Arno Freiberg erklärte Kuraner, auch wenn die SPD nicht nur politische Gründe hätte, um eine Zusammenarbeit mit der KPD abzulehnen, „so würden wir das sicherlich tun, weil wir mit Leuten wie Ihnen und manchen anderen in Ihrer Partei nicht in einer Partei zusammen organisiert sein möchten!“.

Noch einmal zurückgeworfen in ihrem politischen Neubeginn wurden die Ortsgruppen der KPD Anfang April 1946, denn nun durfte die Landesleitung die Anträge auf Gründung von Ortsgruppen nur noch beim Oberregierungspräsidium in Neustadt einreichen, die sie wiederum an die französische Militärregierung zur Prüfung weiterleiten mußte. Erst danach erfolgte eine schriftliche Genehmigung der Ortsgruppen.

Am 10. April 1946 wurde in einer Übersicht über den Stand der Organisation in der Amerikanischen und Französischen Besatzungszone für das Sekretariat des ZK der KPD zur Vorbereitung des 15. Parteitages die Bezirksleitung Hessen-Pfalz als „ausgesprochen schwach“ eingeschätzt. Besonders kritisiert wurde deren Bauernpolitik, das Fehlen selbständig arbeitender Abteilungen und die mangelnde kollektive Leitung: „Die ganze Arbeit in der Partei, bei den Behörden usw., hängt meistens an einem Genossen.“.

Der erste Nachkriegsparteitag der KPD, der offiziell 15. Parteitag seit 1918/19, trat am 19. und 20. April 1946 in Ostberlin zusammen. 5 Delegierte repräsentierten den Bezirk Hessen-Pfalz, unter ihnen der Bezirksvorsitzende Herbert Müller. Insgesamt vertraten 380 Delegierte aus der SBZ rund 600 000 Mitglieder und 120 Delegierte aus den drei Westzonen rund 205 000 Mitglieder. Es sprachen aber keine Vertreter aus dem zukünftigen Rheinland-Pfalz auf dem Parteitag. Auch wurden ihre Repräsentanten weder in dessen Präsidium noch in eine der vier Parteitagskommissionen gewählt. Ebenso wurde bei den Personalvorschlägen der KPD für den an den beiden darauf folgenden Tagen auf dem Vereinigungsparteitag mit der SPD paritätisch zu wählenden ersten Parteivorstand der SED kein Vertreter aus dieser Region berücksichtigt.

Unmittelbar im Anschluß an den Vereinigungsparteitag publizierte die KP Hessen-Pfalz eine Broschüre mit einem Artikel Willy Fellers, „Triumph der Einheit“. Dieser wurde anschließend auch in der „Rheinpfalz“ veröffentlicht. In ihm wurden die „sozialdemokratischen Einheitsfreunde in Pfalz und Hessen“ aufgefordert, als „Vorkämpfer“ für die sozialistische Einheit mit der KPD gemeinsame Organisations- und Einheitsfront-Ausschüsse zu schaffen.

Entsprechend tagte der am 18. und 19. Mai 1946 in Ludwigshafen zusammengetretene 1. Landesparteitag der KP Hessen-Pfalz, der gleichzeitig der 14. Bezirksparteitag der pfälzischen Kommunisten war, unter der Losung „Im Zeichen der sozialistischen Einheit“. 553 Delegierte repräsentierten 234 Ortsgruppen und 67 Betriebsgruppen. Weiterhin waren 164 Gastdelegierte anwesend, darunter 37 Sozialdemokraten, die u.a. in einem „Einheitsausschuß“ in Zweibrücken organisiert waren. Am Samstag, dem 18. Mai 1946, begrüßte Herbert Müller zunächst ausdrücklich die KPD-Mitglieder aus Rheinhessen und betonte deren erzwungene Anwesenheit durch die Zonen-Grenzziehung der Alliierten. Weiter gedachte er der regionalen Opfer des Faschismus und verwies auf die lange KZ-Haft anwesender Delegierter. Nach seinen Angaben hatte sich die Mitgliederzahl der KPD in Rheinhessen und der Pfalz inzwischen gegenüber 1933 bereits verdreieinhalbfacht. Darunter seien über 450 Mitglieder bereits 25 Jahre in der Partei. Nach Müller sprach als Vertreter der SPD Ernst Birnbaum für den Zweibrücker „Einheitsausschuß“. Es folgten drei Referate zum Motto des Parteitages, nämlich von Herbert Müller über „Sozialistische Einheit und unsere Aufgaben“, von Willy Feller unter dem Titel „Vereinigung von SPD und KPD“ über die Grundsätze und Ziele der SED und vom Instrukteur des Zentralsekretariats der SED in der Französischen Besatzungszone, Otto Niebergall, mit dem Thema „Über Demokratie zum Sozialismus“. Der Parteitagssamstag wurde beendet mit einer künstlerisch gestalteten Abendfeier, in deren Mittelpunkt ein weiteres Referat von Herbert Müller über „Sozialistische Einheit zur Rettung des Volkes“ stand. Am Sonntag, dem 19. Mai 1946, wurde der Parteitag mit einer Aussprache der Referate vom Samstag eingeleitet. Danach referierte Fritz Baumgärtner über den Wirtschafts- und Aufbauplan der KP Hessen-Pfalz, Lina Herbst über deren Frauenpolitik; Alfred Dell behandelte die Jugendarbeit, Alphonse Kahn die Betreuung der Opfer des Faschismus und Georg Weiler die Kommunalpolitik der KP Hessen-Pfalz. Der Parteitag verabschiedete zwei Resolutionen: In der ersten forderte die KPD für Rheinhessen-Pfalz unbürokratische Maßnahmen zum Wiederaufbau, eine demokratische Schulreform, eine Bodenreform sowie die volle Gleichberechtigung der Frau. Durchsetzbar erschien dies der KPD nur über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und die Schaffung eines

demokratischen Blocks aller antifaschistischen Parteien. Die zweite Resolution forderte eine Wiedergutmachung der Opfer der nationalsozialistischen Diktatur, die Erhöhung der Renten für Kriegswitwen und Waisen, sowie eine Umschulung der Kriegsversehrten. Abschließend wurden Herbert Müller als Landesvorsitzender der KP Hessen-Pfalz und die fünfzehnköpfige engere Landesleitung einstimmig bestätigt. Weiter wurde bei drei Gegenstimmen eine erweiterte Landesleitung mit 60 Mitgliedern aus allen Kreisorganisationen der KP Hessen-Pfalz und aus Vertretern der Frauen, Jugend und Bauern gewählt.

Da sich die 37 Mitglieder der SPD am Parteitag der KP Hessen-Pfalz entgegen den ausdrücklichen Anweisungen der pfälzischen SPD-Führung beteiligt hatten, wurde zwei Tage später ihr Sprecher Ernst Birnbaum vom Vorstand der pfälzischen SPD wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen.

Trotzdem beteiligte sich die SPD am 25. Mai 1946 gemeinsam mit KPD, CDU und Sozialem Volksbund an einer Erklärung gegen den Separatismus in der Pfalz. Daraufhin wurden u.a. die KPD-Vertreter Herbert Müller und Georg Weiler zur Militärregierung nach Neustadt bestellt und über deren Politik belehrt. Dennoch traten die vier Parteien am 27. Mai 1946 zu einer gemeinsamen Konferenz zusammen und bekräftigten die Erklärung vom 25. Mai 1946.

Allerdings stießen die Vereinigungsbestrebungen nicht bei allen KPD-Mitgliedern auf Zustimmung. So wurden im Juli 1946 von der Landesleitung der KP Hessen-Pfalz zum internen Parteigebrauch nicht nur die „Grundsätze und Ziele der SED“ veröffentlicht, sondern gleichzeitig ebenfalls in einer von der Militärregierung genehmigten Auflage von 5 000 Exemplaren eine weitere „Information der KPD - Nur zum internen Parteigebrauch“ herausgegeben, in der vom damaligen Chefideologen der Partei, Anton Ackermann, die Vereinigung der SPD mit der KPD in der SBZ gegenüber der eigenen Partei begründet wurde.

Trotzdem mußte am 20. August 1946 die Bezirksleitung nach Berlin eine „weitere Versteifung“ des Verhältnisses zur SPD melden. Begründet wurde dies mit den Konflikten durch Maxim Kuraner und Auseinandersetzungen mit der SPD infolge der Delegierten- und Vorstandswahlen bei den Gewerkschaften.

Die KP Hessen-Pfalz bestand formal noch bis Ende 1946. Anfang Januar 1947 übernahm sie die Anleitung der KP Rheinland-Hessen-Nassau. In der Folge entstand die Landesorganisation der KPD in Rheinland-Pfalz. Der Parteibezirk Hessen-Pfalz bestand noch

bis Mai 1947. Nach dem 15. Parteitag hatte die pfälzische KPD wieder eine eigene Bezirksleitung.

SPD

Am ehemaligen Sitz des pfälzischen Bezirkssekretariats trafen sich am **18. April 1945** die einstigen Stadträte **Karl Fischer, Valentin Bauer, Jakob Krug Rudolf Hoffmann (FOTO)** und **Ernst Lorenz (FOTO)**, der ehemalige Gewerkschaftssekretär **Oskar Vongerichten**, der ehemalige Parteisekretär **Georg Setzer**, sowie der ehemalige Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, **Fritz Schott** und der ehemalige SPD-Bezirkssekretär **Friedrich Profit (FOTO)**. Besprochen wurde der Aufbau der Bezirksorganisation und der Ortsvereine.

Hoffmann, Rudolf: Geboren am 18. November 1904. Spengler und Installateur. 1933 Stadtrat in Ludwigshafen. 1946 Mitglied des Bürgerratskomitees. 1946-1964 Stadtverbandsvorsitzender. 1946-1964 Stadtrat. Rudolf Hoffmann starb am 5. Mai 1968.

Lorenz, Ernst: Geboren am 13. März 1901 in Oggersheim. 1919 Mitglied der Freien Sozialistischen Jugend und Mitbegründer der pfälzischen KPD. Seit 1920 Mitarbeiter der BASF, Vorsitzender der Gewerkschaft der Heizer und Maschinisten in Ludwigshafen. 1923 Parteiausschluss wegen seiner Weigerung dem kommunistischen Industrieverband beizutreten. Anschließend Mitglied der SPD. 1927 bis 1933 Mitglied des Stadtrates Oggersheim, nach dem 20. Juli 1944 inhaftiert. 1945 bis 1964 Mitglied des Stadtrates in Ludwigshafen, Mitglied des Bezirks- und Landesvorstandes der SPD, Betriebsratsvorsitzender in der BASF und Mitglied des Aufsichtsrates, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Rheinland-Pfalz, 1946/47 MdBLV und 1947 bis 1967 MdL Rheinland-Pfalz. Ernst Lorenz wurde u.a. mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette, dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse, dem Wappenteller von Rheinland-Pfalz und 1971 mit dem Ehrenring der Stadt Ludwigshafen ausgezeichnet. Er starb am 8. Mai 1980 in Ludwigshafen.

Georg Setzer: Parteisekretär

Fritz Schott: AWO

Friedrich Profit: Bezirkssekretär

5. August 1945 Auf Einladung von Jakob Krug und Edwin Will treffen sich 22 Sozialdemokraten im Schellhaus zur Wiedergründung des SPD-Ortsvereins Ludwigshafen. Vorsitzender Rudolf Hoffmann

Im **September 1945** forderte der Londoner Exilvorstand der SPD die Partei zur Gründung einer einheitlichen Organisation auf. Daraufhin wurde am **16. September 1945** auf einer weiteren Ludwigshafener Versammlung **Fritz Schott** von seinen Parteifreunden in Ludwigshafen beauftragt, den Aufbau einer Bezirksorganisation vorzunehmen.

25. September 1945 Beschluss über die Entsendung von vier pfälzischen Delegierten, darunter die Ludwigshafener **Fritz Schott, Friedrich Profit und Ernst Lorenz** zur ersten Reichskonferenz in Wennigsen bei Hannover

5.-7. Oktober 1945 nehmen vier pfälzische Delegierte - darunter die Ludwigshafener **Fritz Schott, Friedrich Profit** und **Ernst Lorenz** an der ersten Reichskonferenz der SPD in Wennigsen bei Hannover teil / Schumacher-Linie: Aufbau des demokratischen Sozialismus in einem parlamentarisch-demokratischen und neutralen Gesamtdeutschland ohne inhaltliche Kompromisse an die Besatzungsmächte

Auf einer Konferenz der Ortsvereinsvorsitzenden am 26. und 27. Oktober 1945 in Elmstein wurde **Adolf Ludwig (FOTO)** zum vorläufigen pfälzischen Bezirksvorsitzenden und **Fritz Schott** zum Stellvertreter gewählt.

15. November 1945 Adolf Ludwig beantragt erstmals die Wiedezulassung SPD in der Pfalz bei der Militärregierung in Baden-Baden

Als letzte der vier Besatzungsmächte gestattete Frankreich mit der Verordnung Nummer 23 vom **13. Dezember 1945** die Wiedergründung von Parteien in seiner Besatzungszone.

Auf der Liste der Gründungsmitglieder der SPD, die am **27. Dezember 1945** beantragt wurde, war mit **Ernst Lorenz** nur noch ein Ludwigshafener vertreten.

03. Januar 1946 Bezirksvorstandssitzung in Lu / **Jakob Krug** Vorsitzender UB Lu

06. Januar 1946 Vorläufige Genehmigung SPD

Die Ausführungsbestimmungen zur Gründung der Parteien vom **12. Januar 1946** legten allerdings deren Konstituierung von oben nach unten fest, so dass zunächst Regionalorganisationen und dann erst Lokalorganisationen zu bilden waren. Sie wurden der SPD offiziell am **18. Januar 1946** durch das Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz mitgeteilt und legten weiterhin fest, dass eine Partieneugründung nur für das gesamte Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz gestattet sei

Parteizulassung der SP Hessen-Pfalz (FOTO) am **6. Februar 1946** mit Sitz in Neustadt und **Adolf Ludwig** als Bezirksvorsitzenden genehmigt

Die Ludwigshafener SPD wurde am **24. Februar 1946** in der Eisenbahnerkantine an der Frankenthaler Straße offiziell gegründet. Die Versammlung wählte **Jakob Krug** zum Vorsitzenden des Unterbezirks und **Rudolf Hoffmann** zum Vorsitzenden des Ortsvereins Ludwigshafen. Dem Vorstand gehörten auch **Willi Heidelberg, Fritz Kern, Karl Nord, Änne Rumetsch, Arthur Schott, Fritz Schott** und **Georg Setzer** an. Danach begann der Aufbau der Partei in allen Ortsteilen, entweder als Sektionen (Mitte, Süd) oder als Ortsgruppen (Oppau, Oggersheim), deren Vorsitzende Kassierer und Schriftführer ebenfalls zum Stadtvorstand stießen.

Willi Heidelberg: Geboren am 16. Januar 1905 in Ludwigshafen. Chemotechniker. 1920 Mitglied der SPD. Heidelberg gehörte ab 1933 zur sozialdemokratischen Widerstandsorganisation in Ludwigshafen und war vom 25. September 1934 bis 7. März 1935 unter dem Vorwurf des Hochverrats inhaftiert. Anschließend hatte er bis zum 1. Juni 1936 Werksverbot bei der BASF. Nach Kriegsende beteiligte er sich am Neuaufbau der SPD und wurde 1946 in den ersten Vorstand des wiedergegründeten Ortsvereins gewählt. Seit 1952 Mitglied des Stadtrates wurde er im März 1962 als Nachfolger von Friedrich Wilhelm Wagner zum SPD-Fraktionsvorsitzenden gewählt. Dieses Amt nahm er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Stadtrat 1964 wahr. Heidelberg war zugleich Vorsitzender der Ludwigshafener Ortsgruppe der Naturfreunde. 1976 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Er starb am 16. Januar 1980 in Ludwigshafen.

Karl Nord: Geboren am 10. Januar 1912 in Ludwigshafen am Rhein. Laborant. 1926 wurde er Mitglied der Jugendorganisation der SPD, der Sozialistischen Arbeiterjugend - SAJ. 1932 trat er zu einer Linksabspaltung der SPD, der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands – SAP über. Nach dem 30. Januar 1933 betätigte er sich als Mitglied der Widerstandsorganisation der SAP in Südwestdeutschland; am 8. September 1938 wurde er hierfür inhaftiert; am 21. April 1939 folgte die Anklage wegen Hochverrat und Nord wurde im Juni 1939 vom im Mannheimer Schloß tagenden „Volksgerichtshof“ zu drei Jahren und sechs Monate Zuchthaus verurteilt. Am 7. Oktober 1941 wurde er aus der Haft entlassen, aber am 4. Januar 1943 zum Wehrdienst in das Strafbataillon 999 einberufen. April 1945 britische Kriegsgefangenschaft. 21. August 1945 Heimkehr nach Ludwigshafen; Mitglied der SPD. Ab 1. November 1945 leistete er als Leiter des Kultur- und Presseamtes der Stadt Ludwigshafen Pionierarbeit für die Kulturstadt Ludwigshafen. Als Begründer und bis 1978 Vorsitzender der Theatergemeinde verschaffte er dem Theater im Pfalzbau Ansehen und ein hohes Niveau. Die Veranstaltungen im Ebertpark entstanden ebenfalls durch seine Initiative. Auch rief er eine Sammlung expressionistischer Malereien ins Leben und organisierte zahlreiche Kunstausstellungen. Zudem legte er den Grundstein für die Städtische Musikschule. Nach seiner Pensionierung 1977 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, 1982 wurde er Ehrenmitglied des Pfalzbaus. Für sein jahrzehntelanges Engagement für die Stadt Ludwigshafen wurde ihm 1998 der Maximilianstaler verliehen. Karl Nord starb am 11. April 2003 in Ludwigshafen.

3. März 1946 Neugründung SPD-Ortsverein Oppau

10. März 1946 Gründung der anderen Ortsgruppen und Sektionen im Unterbezirk
(FRIESENHEIM) 100 % Zuverlässige statt Masse; Schwerpunkt vor 1933

7. April 1946 Erste offizielle Unterbezirk-Konferenz für Stadt- und Landkreis

Juli 1946 Zusammenschluss Stadtverband Groß-Ludwigshafen

CDU

6. November 1945 Gründung einer Ortsgruppe des Zentrums durch **Dr. Ludwig Reichert**

3. Dezember 1945 Antrag auf Genehmigung der Zentrumspartei für die Pfalz

12. Dezember 1945 Antrag auf Genehmigung einer **CSU (Walzer / Spieß)**

27. Dezember 1945 Antrag auf Genehmigung einer überkonfessionellen **CDU (Reichert)**

18. Januar 1946 Antrag auf Genehmigung eines protestantischen CSVVolksbund (Weimar: CSVD)

30. Januar 1946 Versammlung CDU, CSU, CSVD bei Regierungspräsident Dr. Eichenlaub. Militärregierung gibt bekannt nur eine christliche Partei zu genehmigen. Kompromiß CDU

5. März 1946 Genehmigung CDU für Rheinhessen und die Pfalz (Reichert, Reichling, Walzer) **(FOTO)**

24. April 1946 Erster Landesparteitag der CDU Hessen-Pfalz in Mußbach

6. Mai 1946 Antrag auf Gründung CDU-Friesenheim **(Foto)**

2. Juni 1946 Gründung der CDU Ludwigshafen Vorsitzender: Dr. Ludwig Reichert, Reicjling
Stellvertreter

Liberale

2. Februar 1946 Antrag auf Sozialer Volksbund Hessen-Pfalz

11. Mai 1946 Genehmigung SV **(FOTO)**

Keine Klassenpartei, keine Interessenpartei, keine Konfessionspartei,

Nicht zur Stadtratswahl in LU, aber zur Kreistagswahl im Oktober

Ludwig Bertram (FOTO)

Ludwig Bertram wurde am 14. August 1880 in Wolfstein (Kreis Kusel) geboren. Nach der Ausbildung in der Lehrerbildungsanstalt Kaiserslautern war er als Pädagoge in Oberweiler, Otterberg und Landau tätig. 1905 wurde er nach Ludwigshafen berufen, wo er bis 1928 an der Volksschule unterrichtete und sich gleichzeitig an der Handelsschule in Mannheim fortbildete. Von 1928 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1949 war er als Studienrat am Mädchenlyzeum tätig. Im Jahr 1920 wurde Ludwig Bertram erstmals für die DDP in den Stadtrat gewählt, nachdem er schon seit 1915 Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Schulausschusses gewesen war. Ebenfalls seit 1915 war er Mitglied des Ludwigshafener Bezirkstags. 1933 mußte er aus dem Stadtrat und Bezirkstag ausscheiden. 1946 wurde er dann wieder in den Kreistag gewählt, ab 1948 führte er die neue FDP-Fraktion im Ludwigshafener Stadtrat. Ferner war Ludwig Bertram Mitglied der protestantischen Gesamtkirchengemeinde, der Dekanatssynode und des Presbyteriums Ludwigshafen-Nord. 1955 wurde er mit dem Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland sowie mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet. Ludwig Bertram starb am 17. Mai 1956 in Ludwigshafen.

April 1947 SV + LP bilden Demokratische Partei

April 1948 1. Landesparteitag / Auch Aufbau in LU

Dezember 1948 FDP

WAHLEN

Am **29. März 1946** wurde ein neues Bürgerkomitee aus 30 Mitgliedern gebildet

Der **SPD** angehörten: **Fischer Karl, Edwin Will, Jakob Krug, Wilhelm Schäfer, Rudolf Hoffmann, Arthur Schott, Ernst Lorenz, Peter Trupp, Wilhelm Hofer. (9 von 30)**

Der **KPD** angehörten: **Fritz Baumgärtner, Wilhelm Crammé, Lina Herbst, Paul Liebel, Josef Seufert, Rudolf Stricker, Georg Süß und Stephan Vorndran (8 von 30)**

Der **CDU** angehörten: **Martin Walzer, Dr. Otto Spieß, Ludwig Reichling, Albert Volz,, Johann Essig, Franz Ehret, Jakob Cavalari, (7 von 30)**

Wirtschaftsvertreter (Kommunale Arbeitsgemeinschaft): **Theo d'Hone (DStP), Hermann Wiedemann, Dr. Karl Fuchs, Ernst Demuth, Otto Ruess, Karl Reutter (6 von 30)**

Am 5. August 1946 schrieb die Militärregierung für den 15. September 1946 Gemeindewahlen in der Französischen Besatzungszone aus.

Der Wahlkampfauftakt der KP Hessen-Pfalz erfolgte am 25. August 1946 mit einer gemeinsamen Mitgliederversammlung aller Ortsgruppen der KPD in Ludwigshafen. Herbert Müller referierte über die Stellungnahme der KPD zu den Gemeinderatswahlen. In ihrem gleichlautenden Kommunalwahlprogramm, das von der KP Rheinland-Hessen-Nassau am 30. August 1946 und von der KP Hessen-Pfalz am 31. August 1946 veröffentlicht wurde, forderte die KPD die Einheit der Arbeiterparteien, die Beseitigung des Großgrundbesitzes, der kapitalistischen Monopole und der Großbanken, die Ausrottung des Nazismus und Militarismus, volle Gleichberechtigung der Frau, ein Recht der jungen Generation auf Arbeit, Erholung und Bildung sowie die baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen. Neben der Einheit von SPD und KPD strebte sie auch eine Blockbildung mit CDU und den Liberalen an. Zusätzlich bot sie der SPD auch die Aufstellung gemeinsamer Listen an, worauf die SPD offiziell nicht reagierte. Dies wurde nicht von allen sozialdemokratischen Gliederungen begrüßt: So wurde am 4. September 1946 auf einer gemeinsamen Sitzung der Ortsgruppen von SPD und KPD in Heßheim von den Sozialdemokraten betont, daß „eben die Richtlinien von unserer Parteileitung eine Zusammenarbeit eigentlich verbieten, daß wir aber trotzdem gewillt seien, in Zukunft in unserer Gemeinde in wichtigen Fragen uns gemeinsam zu beraten“.

September 1946 Kommunalwahl

SPD: 24129 Stimmen (43,2 %) und 22 Abgeordnete

Valentin Bauer, Ernst Lorenz, Rudolf Hoffmann, Jakob Krug, Peter Trupp, Wilhelm Schäfer, Karl Fischer, Wilhelm Hofer, Edwin Will, Arthur Schott, Änne Rumetsch, Jakob Süß, Heinrich Fouquet, Johann Keilbach, Karl Sauer, Adam Folz, Johann Reuther, Karl Reutter, Wilhelm Heßler, Julius Kolter, Anton Schulz, Ernst Kern (22 von 50)

CDU 18029 Stimmen (32,3 %) und 16 Sitze

Der CDU angehörten: Dr. Ludwig Reichert, Ludwig Reichling, Dr. Gerd Kochendörfer, Henni Roos, Theobald Neunzling, Dr. Otto Spieß, Franz Heller, Ernst Diehl, Franz Ehret, Georg Schäfer, Eugen Schmidt, Johann Essig, Edmund Lettner, Max König, Elisabeth Stork, Friedrich Arnold (16 von 50)

KPD 9434 Stimmen (16,9%) und 8 Sitze

Herbert Müller, Fritz Baumgärtner, Willy Feller, Lina Herbst, Max Frenzel, Bernhard Hamm, Paul Liebel, Georg Süß (**8 von 50**)

Die Wahlen vom 15. September 1946 waren für die KPD mit landesweit 85 284 Stimmen eine Enttäuschung. Immerhin erreichte jedoch die KP Hessen-Pfalz mit 60 874 Stimmen, was einem Wähleranteil von 9,51 % und 420 kommunistischen Stadt- und Gemeinderäten entsprach, das beste Ergebnis aller Kommunistischen Parteien in der FBZ. In der Pfalz hatte sie 45 347 (9,7 %) erhalten. Allerdings die KPD überall dort erfolgreich, wo eine kommunistische Liste zur Wahl gestanden habe. Auch kam es auf Grund der großen Probleme der Nachkriegszeit und nicht zuletzt auf Wunsch der französischen Besatzungsmacht nach den Gemeinderatswahlen in Rheinland-Pfalz faktisch zu der von der KPD gewünschten **Blockbildung zwischen den Parteien, was zu einer Fortsetzung der Beteiligung der KPD an der kommunalen Verwaltung führte und bis November 1948 Bestand hatte.**

Wirtschaftliche Vereinigung: 4299 (7,7 %) 4 Sitze

Wirtschaftsvertreter (Kommunale Arbeitsgemeinschaft): Theo d'Hone (DSStP), Hermann Wiedemann, Ernst Demuth, Philipp Eberle (4 von 50)

FOTO STADTRAT 1946